

INHALT

Einladung zum Sommerfest in Elgersburg 2012	2
Newsletter Jens Petermann	3
Kreisklausur - Meilenstein auf dem Weg! (Wohin?)	5
Beratung des Kreisvorstandes mit BO-Vorsitzenden	6

Aufruf des Bündnisses gegen das Nazifest in Gera



Aktuelle Stellenausschreibungen der Landesgeschäftsstelle

Stellenausschreibungen voraussichtlich zum 1. Juli 2012 werden folgende Stellen beim Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Thüringen zu besetzen sein:

- JugendreferentIn
- ReferentIn für Politische Bildung
- RegionalmitarbeiterIn Region 2
- RegionalmitarbeiterIn Region 6
- Sekretärin

Weitere Informationen im Internet unter www.die-linke-thueringen.de oder in der Landesgeschäftsstelle.



Die zwei Sprecher_innen des landesweiten Bündnisses gegen das Nazifest in Gera, Melanie Siebelist und Sandro Witt, fordern die politisch Verantwortlichen des Landes Thüringen auf, den klaren Worten im Landtagsplenum jetzt auch Taten folgen zu lassen. „Wir freuen uns, dass auf unseren offenen Brief hin, eine Debatte im Thüringer Landtag zu den Vorkommnissen in Gera stattgefunden hat und sowohl der Innenminister als auch die demokratischen Fraktionen dazu aufrufen, am 7. Juli nach Gera zu fahren, um dort ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Wir werden nun genau beobachten, wer am 7. Juli auch tatsächlich vor Ort ist.“, erklärt Siebelist. Irritiert zeigte sich das Bündnis von der Information des CDU-Politikers Geibert, das Nazifest werde auf dem Bahnhofsvorplatz in Gera umgesetzt. Dazu Witt: „Wieso spricht der Innenminister für die Geraer Ordnungsbehörde? Es ist zu vermuten, dass auch die nach der OB-Wahl veränderte politische Situation bei der Bewertung der Lage in Gera eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielt. Offensichtlich wolle man der neuen Oberbürgermeisterin, die sich bisher

lieber mit den demokratisch Aktiven angelegt hat, zeitnah einen Erfolg organisieren.“ Für die konkrete Vorgehensweise am Tag selbst, hat die Äußerung des Innenministers kaum Konsequenzen. Es bleibt bei den Kundgebungs- Anmeldungen am Hofwiesenparkplatz und am Puschkinplatz. Die Kundgebungen des Bündnisses werden um 8 Uhr eröffnet. Um 10 Uhr beginnt eine politisch inhaltliche Demonstration am Hofwiesenparkplatz zum Puschkinplatz. Die Anreise der Bündnispartner nach Gera ist Thüringenweit mit dem Zug geplant. „Aus diesem Grund fordern wir den Innenminister auf, den Anreisenden zu organisieren. Angesichts der nachweislich hohen Gewaltbereitschaft der Naziszene, erwarten wir entsprechende Sicherungsvorkehrungen, erklären Siebelist und Witt abschließend die Erwartungen des Bündnisses. DIE LINKE. Thüringen unterstützt die Aktivitäten des Bündnis und ruft zur Teilnahme an den geplanten Kundgebungen und Demonstrationen auf.

- Kundgebungsorte am 7.7.:
- Hofwiesenparkplatz, 8:00 Uhr
 - Puschkinplatz, 8:00 Uhr

Sommerfest in Elgersburg 2012

Wieviel Spaß macht Politik?
Können Linke fröhlich sein?
Wer hat Angst vor "Roten Rathäusern"?

☀ DIE LINKE. Thüringen,
☀ die Rosa-Luxenburg-Stiftung Thüringen,
☀ das Kommunalpolitische Forum e.V.,
☀ der Freundeskreis MOPR-Heim sowie
☀ das Hotel "Am Wald"
laden herzlich zum gemeinsamen Sommerfest
am **14. Juli 2012** nach Elgersburg ein.

- | | |
|----------------------------|---|
| 9.00 - 12.00 Uhr | Beratung der Kreisvorsitzenden |
| 10.00 - 12.00 Uhr | Frühschoppen mit Bodo Ramelow und weiteren Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag (Tagungsräume) |
| 10.30 Uhr und
11.30 Uhr | Führung durch die Ausstellung "MOPR" mit Elke Pudszuhn, Landesvorsitzende der TVVdN-BdA (Treffpunkt an der Ausstellung) |
| 12.00 - 13.00 Uhr | Mittagspause mit Platzkonzert der "Blumenstädter Blechvögel" aus Erfurt Das Hotel lädt zu Bratwurst oder Gemüsespieß ein |
| 13.00 - 14.30 Uhr | Selters, Sekt und Sahnetörtchen - Frauenbrunch des Linken Frauennetzwerkes: Kommunal verankert - landesweit vernetzt |
| 14.00 - 15.00 Uhr | Puppentheater für jung und alt mit Marionetten und Handpuppen, Regine Behlert aus Suhl, organisiert durch das KOPOFOR Thüringen e.V. |
| 15.00 - 16.30 Uhr | "Die Tragödie der Provinz" - Filmvorführung und anschließende Diskussion mit dem Filmmacher Maik Baumgärtner (Berlin)*, Beitrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen |



Jens Petermann, MdB +++ Neues aus Berlin +++ Jens Petermann, MdB +++ Neues aus Berlin

Thema der Woche: »Sozialer Zusammenhalt«

Fiskalpakt gegen Europa

Europa scheint oft weit weg – so undurchsichtig und verwirrend sind viele Vorgänge zwischen Brüssel und Berlin. Dennoch, ein Großteil der Entscheidungen betreffen letztlich immer das Leben der Menschen vor Ort, auch hier in Thüringen. In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hat der Deutsche Bundestag mit einer Zweidrittel-Mehrheit – auch SPD und Grüne haben sich ins Boot gesetzt – nun nicht nur dem Rettungsschirm (ESM), sondern auch dem Fiskalpakt zugestimmt. Noch sind die Auswirkungen auf die Menschen abstrakt und im Detail nicht absehbar. Aber es gibt bereits erste Anzeichen, die verdeutlichen, dass es am Ende doch wieder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und vor allem diejenigen treffen wird, die Transferleistungen empfangen.

Wenn der Fiskalpakt – wie von der Bundesregierung geplant – am 1. Januar 2013 in Kraft treten sollte, muss Deutschland jährlich 25 Milliarden Euro an Schulden abbauen, um den Vertrag einzuhalten. Ansonsten drohen Vertragsstrafen – selbstverständlich würden auch diese wiederum aus Steuergeldern beglichen werden müssen. Die schwarz-gelbe Koalition aber sagt mit keinem Wort, wo sie diese 25 Milliarden Euro einzusparen gedenkt. Da einer von Lobbyisten abhängigen Regierungspolitik nur schwerlich zuzutrauen ist, mal den Reichen in die übervollen Taschen zu greifen, ist vorhersehbar, wo gespart werden wird: Bei denen, die eh wenig haben – Rentnerinnen und Rentner, Transferleistungsempfänger sowie Geringverdiener und Geringverdienerinnen, aber auch Normalverdiener über die gegebenenfalls erhöhte Mehrwertsteuer.

Vielleicht plant Schwarz-Gelb nämlich die Einnahmen über Steuern zu erhöhen. Kaum vorstellbar, dass dabei ernsthaft über eine Vermögensteuer in Deutschland nachgedacht würde. Dabei besitzen die reichsten zehn Prozent der deutschen Bevölkerung ein Geldvermögen von drei Billionen Euro. Eine moderate Vermögenssteuer täte ihnen also keineswegs weh. Viel wahrscheinlicher jedoch ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die dann alle bezahlen müssten – die Vermögenden allerdings aus der Portokasse.

DIE LINKE lehnt sowohl den ESM als auch den Fiskalvertrag ab. Er verfestigt die ungerechte Politik der deutschen Bundesregierung, die Bevölkerung die von den Banken verursachte Krise bezahlen zu lassen. Zudem ist der geplante Eingriff in das Grundgesetz unverhältnismäßig und hat die Qualität eines Verfassungsverstoßes – die Budgethoheit des Parlaments wird so vorsätzlich verletzt. Das ist mit uns nicht zu machen. DIE LINKE ist deshalb noch am Freitag vor das Bundesverfassungsgericht gezogen.

Statt irrationaler Wachstumsphantasien brauchen wir für Europa mehr ökologische und soziale Kooperation und eine Weichenstellung hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. DIE LINKE will ein Europa für die Menschen, ob in Griechenland oder Spanien, ob in Berlin oder in Thüringen.



Foto: www.flickr.com

Doping an Olympiastützpunkten

Eigentlich sollte am 28. Juni eine Debatte zur „Causa Erfurt“ stattfinden. Kurzfristig zog die SPD ihren Antrag jedoch zurück. Jetzt ist der Weg frei für meinen Vorschlag, im Sportausschuss parteiübergreifend nach Lösungen für alle OSP zu suchen und Thüringen nicht als Sündenbock abzustempeln.

29. Juni 2012

ANGEMERKT

Kita-Fernhalteprämie

70 Prozent der Menschen in Deutschland sind gegen das Betreuungsgeld, das Union und FDP bundesweit einführen wollen. Auch in den Regierungsparteien ist der Gesetzentwurf der Familienministerin Schröder längst nicht unumstritten. Da der Bayerische Ministerpräsident aber mit dem Ende der Koalition gedroht hat, soll die verpönte Herdprämie möglichst rasch durchs Parlament gepeitscht werden. Der erste Anlauf ging vor zwei Wochen bekanntlich völlig in die Hose.

In Thüringen wurde das Betreuungsgeld bereits vor sechs Jahren eingeführt. Eine Studie der Universität Heidelberg hat nun nachgewiesen, dass nicht nur die Zahl der zu Hause betreuten Kinder um 20 Prozent angestiegen ist. Die Forschungen ergaben auch, dass die Erwerbstätigkeit von Müttern – insbesondere mit niedrigem Einkommen – deutlich zurückgegangen ist.

Die Ergebnisse verdeutlichen das, was Kritiker schon lange vermuteten: Das Betreuungsgeld ist eine Kita-Fernhalte- und Frauen-Erwerbstätigkeit-Verhinderungs-Prämie. Es fußt auf einem im 19. Jahrhundert geprägten Rollenbild. „Frauen zurück an den Herd“ scheint die Familienministerin zu rufen, wenn sie ihr Gesetz als zukunftsweisend preist. Kein Zurück ins 19. Jahrhundert halten LINKE, rot-grün, Gewerkschaften, Arbeitgeber und kirchliche Verbände dagegen.

Wirklich zukunftsweisend wäre, dafür zu sorgen, dass alle Kinder in den Genuss frühkindlicher Bildung gelangen. Unterschiedlichste internationale Studien haben in den vergangenen Jahren immer wieder nachgewiesen, dass Deutschland hier weit zurückhängt. Zukunftsweisend ist es also, ausreichend Kitaplätze zu schaffen – und zwar so schnell wie möglich!

www.jens-petermann.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

NSU-Ausschuss

Wem nützt es?

Da ist es wieder das altbekannte Spiel: Der Bund zeigt mit dem Finger auf die Länder. Die Länder geben die Schuld dem Bund oder zumindest einem anderen Land. Niemand will selbst die Verantwortung übernehmen.

Das sächsische Innenministerium weist beim Versagen nach der Fahndung der nach den Mitgliedern des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) jegliche Schuld von sich. Dass die Gesuchten lange Jahre unentdeckt in Sachsen leben konnten, habe allein Thüringen zu verantworten.

Selbstverständlich ist es nicht zu leugnen, dass die thüringischen Behörden – ob nun Verfassungsschutz oder Polizei – unverzeihliche Fehler gemacht haben. Nur so konnten sich die drei mutmaßlichen Täter dem Zugriff entziehen und untertauchen. Allerdings lief die Fahndung nach ihnen auch in Sachsen – erfolglos. Vor allem ist es jetzt, da es darum geht, zehn Morde, zwei Bombenanschläge und 14 Banküberfälle aufzuklären, wenig hilfreich, Schwarze Peter zu verteilen. Es ist, als wiederholten sich die Mechanismen – damals wie heute.

Damals war beim Mord in Kassel ein Mitarbeiter des Landesverfassungsschutzes Hessen am Tatort. Von der Hinrichtung des Internetcafésbesitzers wollte er nichts mitbekommen haben. Als ihn später die bayerischen Aufklärer, die die Ermittlungen leiteten, befragen wollten, erhielt er von seinem obersten Dienstherren, dem hessischen Innenminister, keine Aussagegenehmigung.

Heute ist der damalige Innenminister Bouffier Ministerpräsident von Hessen. Und ausgerechnet die hessischen Behörden verzögern derzeit die Ausgabe von Unterlagen an den Untersuchungsausschuss des Bundestages. Erst einen Tag vor der geplanten Befragung des 2006 amtierenden Leiters des Landesverfassungsschutzes, Irrgang, erreichten 1.000 Seiten Geheimakten die Fraktionen. Daraufhin wurde die Befragung mangels Vorbereitungszeit abgesetzt...

Erschienen war aber der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Zierke. Er widersprach seinem damaligen Stellvertreter, Falk, der in der letzten Sitzung des Ausschusses befragt wurde. Aus Zierkes Sicht wurden die Ermittlungen in der Mordserie keineswegs „kriminalfachlich stümperhaft“, sondern vorbildlich koordiniert. Das BKA habe durch sein Zutun vielmehr weitere Morde nach 2006 verhindert. Neben dieser absurden Position perlt auch die eindringlichsten Fragen vom Zeugen ab wie an einer Nanoversieglung – ein Präsident mit Perleffekt, der im Juli in den wohlverdienten Ruhestand geht. Die Misserfolge bei den Ermittlungen in den Serienmorden wurden so in seinem Aussageverhalten im Untersuchungsausschuss gespiegelt.

Immer neue Widersprüche tun sich auf, die immer mehr Fragen aufwerfen, damit die Wahrheit ans Licht kommt. Sollte sich die Aufklärungsbereitschaft allerdings weiterhin in Schuldzuweisungen an andere Stellen erschöpfen, bleiben die Ursachen für das Versagen bei der Aufklärung der Mordserie vielleicht für immer ungeklärt. Und es bliebe die Frage: Cui bono – wem nützt es?

Rede von Diana Golze am 28. Juni 2012 im Deutschen Bundestag

„Milliardenteurer Blödsinn“

[...]Ich möchte auf ein weiteres Problem aufmerksam machen, auf das ich erst in den letzten Tagen gestoßen worden bin. In vielen Bundesländern – vielleicht auch in Ihren Wahlkreisen – gibt es neben Kindertagesstätten und Angeboten der Tagespflege weitere niedrigschwellige Angebote für Familien mit kleinen Kindern, die Hilfe und Unterstützung leisten. Sie heißen zum Beispiel Eltern-Kind-Gruppe oder PEKiP. Diese Projekte werden mit Personalmitteln und Sachmitteln unterstützt. Sie werden auch in vielen Kita-Gesetzen der Länder als eine Säule neben Kita und Tagespflege gleichgestellt behandelt. Ich habe aus dem Familienministerium die Information bekommen – ich habe dazu eine schriftliche Frage gestellt; ich bin auf die Antwort gespannt – dass diejenigen, die diese niedrigschwelligen Angebote nutzen, vom Bezug des Betreuungsgeldes ausgeschlossen sein sollen.

(Katja Dörner (GRÜNE): So ist das!)

Das ist ein Unding.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es bedeutet das Aus für viele Angebote in den Kommunen. Es bedeutet das Aus für viele Träger. Es bedeutet das Aus für viele gute Projekte im Kinderschutz, über den wir hier in den letzten Monaten richtigerweise enorm viel diskutiert haben. Es bedeutet auch das Aus für die Letzten, die noch an bestimmte Versprechungen und Vorhaben der Bundesregierung geglaubt haben. Ich erinnere daran, dass in der letzten Legislaturperiode Bundesministerin von der Leyen im Zusammenhang mit der möglichen Einführung eines Betreuungsgeldes gesagt hatte: Man könnte dies ja in Form von Gutscheinen ausgeben, mit denen man genau solche Angebote der Elternbildung und der niedrigschwelligen Förderung von Familien mit kleinen Kindern nutzen könnte. So könnte man die Eltern dabei unterstützen, die ersten Lebensjahre des Kindes gut miteinander zu gestalten. Genau solche Angebote sollen jetzt vernichtet werden; denn die Eltern, die diese Angebote wahrnehmen, werden vom Bezug des Betreuungsgeldes ausgeschlossen. Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Das ist ein Unding. Sie lassen dabei genau diejenigen, für die Sie behaupten, Sie machten dieses Gesetz, außen vor, nämlich die Familien und vor allem die Kinder. Es geht Ihnen nicht um alle Familien und um alle Kinder.

Ich möchte festhalten, dass ich bisher von niemandem aus der Koalition eine Antwort auf folgende Frage bekommen habe: Worin liegt der Unterschied zwischen der Erziehungsleistung der Eltern, die ihr Kind in eine KiTa oder in eine Tagespflege geben, und der Erziehungsleistung der Eltern, die ihr Kind von der Oma, von der Freundin, von der Schwester, von der Tante, von wem auch immer betreuen lassen, die dann aber das Betreuungsgeld bekommen? Worin liegt der Unterschied? Warum müssen die einen Kita-Gebühren bezahlen und nicht zu knapp, und die anderen bekommen ein Taschengeld? Ich habe es noch nicht verstanden. Es stehen noch einige Ihrer Rednerinnen und Redner auf der Liste. Vielleicht können Sie es mir erklären. Ich glaube, ich bin nicht die Einzige, die es nicht verstanden hat.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Die vollständige Rede ist zu finden unter:

<http://www.linksfraktion.de/reden/betreuungsgeld-milliardenteurer-bloedsinn/>

Kreis Klausur- Meilenstein auf dem Weg! (Wohin?)



Die von unserem Kreisvorstand am 22.06. 12, 17.00 Uhr ins „Wasunger Tor“ einberufene Beratung mit den Basisvorsitzenden und weiteren Funktionsträgern der Partei zu den Schwerpunkten: Innerparteiliche Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und „Personalfragen“ war – wie Jens Petermann in seinem Beitrag feststellte, ein Erfolg. Das ist auch mein Eindruck gewesen, denn ich finde es ist immer gut, wenn Genossen miteinander statt übereinander reden.



Ganz nebenher wurde mit der Tagung auch die große Leidenschaft und Opferbereitschaft der Genossinnen und Genossen der LINKEN unter Beweis gestellt, denn die Tagung ging bis gegen 20.45 Uhr, und da begann ja auch das Fußballspiel um

den Einzug ins Viertelfinale bei der EM: Deutschland – Griechenland. Das macht uns LINKEN so schnell keiner nach!

Zu Beginn der Diskussion meldete sich Karl Koch zu Wort, bemerkte, dass er nur bis 17.30 Uhr bleiben könne, und kritisierte, dass der Termin nicht mit ihm als Fraktionsvorsitzendem der Kreistagsfraktion abgestimmt gewesen sei. Dann brachte er verschiedene Kritikpunkte an der Arbeit des Kreisvorstandes vor, besonders zur Kommunikation zwischen Fraktion und Kreisvorstand, zur Wirksamkeit und dem Erscheinungsbild der Partei im Kreis und zum Verhalten im letzten Wahlkampf, besonders zu den Stichwahlen. Seine Kritik mündete in der Forderung, der Kreisvorstand möge zurücktreten. Kurz danach verließ er die Tagung wie angekündigt, aus „terminlichen“ Gründen und ließ sich auch nicht vom Genossen Hellmann, der zwischenzeitlich aus Erfurt eingetroffen war, zum weiteren Bleiben bewegen.

Nach dem Abgang des Genossen Karl Koch kehrte die Versammlung zur Tagesordnung zurück, wobei eindeutig die Kritik überwog. Es gab aber auch selbstkritische Bemerkungen der Genossen Fickel, Hande und Baumann.

Mir fiel auf, dass es fast allen Anwesenden darum ging, „Dampf abzulassen“. Vorschläge, wie nun

was besser zu machen wäre und wer es besser machen könnte, hatten Seltenheitswert und bezogen sich nur auf Nebensächlichkeiten.

Da liegt nun einer meiner Kritikpunkte: der Kreisvorstand hat keine Vorstellungen entwickelt, wie denn nun „gute“ Kommunikation innerhalb des Kreisverbandes, gute und erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit und eine langfristige und erfolgreiche Personalentwicklung aussehen soll. Es zeigt sich also auch hier der eklatante Mangel an langfristiger und konzeptioneller Arbeit im Kreisverband. Wo wollen wir hin? Wie wollen wir da hinkommen?

Welche Zwischenschritte sind erforderlich? Wer soll die Konzepte (so sie denn entstehen) umsetzen? Das sind Fragen, auf die wir keine Antwort haben, die auch kaum gestellt werden.

Um welche Zeiträume es geht, wenn man langfristig erfolgreich sein will, zeigte die letzte Landratswahl. Hätten wir vor 4 oder 6 Jahren nicht einen Gemeinderat, sondern einen Bürgermeister R. Hande in Benshausen feiern können und hätte dieser dann auch noch breite



Zustimmung bei seinen Bürgern gefunden und alle würden bedauern, dass er als Landrat die Gemeinde verlassen muss, dann hätten wir auch eine Chance gehabt, gut abzuschneiden mit unserem Kandidaten. Personenwahlen werden nun mal von Persönlichkeiten gewonnen, die sich an der Basis Vertrauen erworben haben. Infostände reißen letztlich gar nichts raus.

Der Kreisvorstand wird sich nun bald mit Rücktritt und Neubeginn befassen. Aber auch wenn der alte Vorstand geht, bleiben die alten Probleme. Ich hoffe, dass demnächst vor allem überzeugende personelle Alternativen vorgelegt werden.

Euer Herbert Schoenenburg

Im Juli haben Geburtstag:

16. 70. GT Waltraud Heß, Schmalkalden
17. 60. GT Hartmut Güntsch, Viernau

22. 85. GT Edgar Hoffmann, Zella-Mehlis
24. 50. GT Monika Lohfing, Schmalkalden
24. 85. GT Kurt Pappenheim, Schmalkalden
26. 84. GT Lore Hoffmann, Zella-Mehlis

Anzeige

Schmalkalden**Einfamilienhaus**

Auf Bitte eines
Genossen
übernehmen wir
dessen Anzeige zum
Verkauf seines Hauses
in Asbach:

Bei Interesse bitte
Kontakt aufnehmen:

Gerard Benoit
Obere Herrenwiese 6
98574 Schmalkalden



anderwünsche: 1) Schornstein, 2) Bodenfliesen

Wohnfläche

Bad	5,63 m ²
Kind	11,02 m ²
Küche	7,28 m ²
Diele	8,85 m ²
HAR/HWR	3,12 m ²
Schlafen	12,78 m ²
Wohnen	28,63 m ²
Gesamt	77,31 m²

Bungalow 78

- ein Haus mit kurzen Wegen auf einer Ebene
- Fließende Übergänge zwischen "Dinnen" und "Draußen"

Die Wohnflächenberechnung erfolgte nach der Wohnflächenverordnung. Darin sind 3,12 m² Nutzfläche enthalten. Geringfügige Abweichungen bis zu 3% bezogen auf die Gesamtnutz- und Wohnfläche sind bauseits möglich.

Kontostand Spendenkonto:

Anfangsbestand	157,37 €
Spenden	+ 0,00 €
Bankgebühren	- 1,50 €

Saldo	155,87 €

Impressum:

DIE LINKE Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung
von Ronald Hande (V.i.S.d.P.)

Tel. (03683) 466333
webmaster@die-linke-sm.de
www.die-linke-sm.de

Spendenkonto:

Nr. 17 06 06 03 66
BLZ: 84 05 00 00

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge
oder Pressemitteilungen (pm) trägt der
Verfasser die alleinige Verantwortung.

Öffnungszeiten der
Kreisgeschäftsstelle:

Di. und Do.
14.00 - 16.30 Uhr
(und nach Vereinbarung)

Sofern Geschäftsstelle nicht besetzt ist,
bitte im Abgeordnetenbüro von Manfred
Hellmann (MdL) klingeln (direkt darüber).

Jens Petermann (MdB)
Nonnenplan 7
98617 Meiningen
Tel.: (03693) 880179

Manfred Hellmann (MdL)
Hoffnung 11
98574 Schmalkalden
Tel.: (03683) 466333

DIE LINKE im Internet:
www.die-linke-sm.de

DIE LINKE.
Kreisverband
Schmalkalden-Meiningen